



**Patrick Kurth**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Patrick Kurth, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Berlin, 21.05.2010

**Patrick Kurth MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Unter den Linden 50  
Raum: 2.123  
Telefon: +49 30 227 – 73445  
Fax: +49 30 227 – 76755  
patrick.kurth@bundestag.de  
www.patrick-kurth.de

**Wahlkreisbüro Erfurt**

Schillerstraße 62  
99096 Erfurt  
Telefon: +49 361 3456473  
Fax: +49 361 3455924  
patrick.kurth@wk.bundestag.de

Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien

Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

Sprecher für Aufbau Ost der FDP-Bundestagsfraktion

Generalsekretär der FDP Thüringen

## **Persönliche Erklärung**

*Persönliche Erklärung von Patrick Kurth, MdB zum Antrag der Bundesregierung  
Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus*

Die zahlreiche Kritik an dem Gesetz muss von der Bundesregierung in erheblichen Maße ernst genommen werden. Auch ich kann zahlreiche Details des Gesetzes nicht nachvollziehen oder bin bei Einzelfragen dagegen.

In der Hauptsache lehne ich die Finanzmarkttransaktionssteuer ab. Sie kann nur global eingeführt wirken, ansonsten bleibt sie wirkungslos. Zumal lehne ich es ab, dass vor allem Kleinsparer belastet werden.

Fragen bleiben bestehen: Was passiert, wenn Defizitstaaten gegen Auflagen verstoßen? Was folgt, wenn der IWF abzieht? Die genaue Garantie dazu bleibt fraglich. Der Eindruck bleibt, dass Schulden mit Schulden bekämpft werden.

Trotz dieser bestehenden Einzelfragen und nicht nachvollziehbaren Details stimme ich diesem Gesetz zu. Letztlich muss ich mich allerdings auf die Richtigkeit der Maßnahme verlassen, die von Experten und Bundesregierung vorgeschlagen werden.

Für mich ist dabei aber entscheidend: Mit dem heutigen Tag wird ausdrücklich nicht (!) ein Vorgang abgeschlossen. Nein! Aus meiner Sicht haben wir die Lösung eines Problems nur verschoben und ein wenig Zeit gewonnen. Die Uhr läuft zur Lösung des Problems rückwärts. Deshalb muss der heutige Beschluss der Start einer intensiven europäischen Politik zur Rettung des Euros sein. Jetzt muss die Bundesregierung Führungsverantwortung übernehmen und insbesondere eine



Politik des Schuldenabbaus und ordentlicher Haushalte in der Euro-Zone und bei Mitgliedsstaaten einfordern.

Drastische Maßnahmen stehen an, für die der Bundestag und die Bundesregierung bei der deutschen Bevölkerung und den europäischen Mitgliedsstaaten intensiv werben muss. Mit anderen Worten: Wenn die gewonnene Zeit nicht für drastische Reformen in der Eurozone genutzt wird, ist der Euro in Gefahr.

Patrick Kurth, MdB